

Badenova

Forderungskatalog nach Landtagswahl

[13.03.2026] Nach der Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg fordert der Energieversorger Badenova ein schnelleres Vorgehen bei der Energie- und Wärmewende. Das kommunale Unternehmen hat dazu ein Papier mit zwölf Punkten vorgelegt. Darin geht es unter anderem um Finanzierung, Genehmigungen, Wärmenetze und den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft.

Der Freiburger Energieversorger [Badenova](#) fordert von der künftigen Landesregierung Baden-Württembergs klare politische Rahmenbedingungen für die Energie- und Wärmewende. In einem Forderungspapier mit zwölf Punkten verlangt das von fast einhundert Kommunen getragene Unternehmen mehr Tempo bei Investitionen, Genehmigungen und Infrastrukturprojekten. Diese kommunale Energiewirtschaft müsse finanziell stärker unterstützt werden. Die Energiewende erfordere Investitionen, die Kommunen und Energieversorger derzeit kaum allein stemmen können, heißt es in dem Papier.

Eigenkapitalbasis kommunaler Unternehmen stärken

Badenova nennt Nachrangdarlehen durch die öffentliche Hand als mögliches Instrument. Solche Modelle gibt es bereits in Hessen und Niedersachsen. Sie könnten die Eigenkapitalbasis kommunaler Unternehmen stärken und zusätzliche Investitionen ermöglichen. Zudem fordert Badenova schnellere Genehmigungsverfahren. Mehr Digitalisierung sowie ein stärkerer Austausch zwischen Behörden könnten Projekte beschleunigen. Derzeit erschweren unterschiedliche Anforderungen bei Anträgen viele Vorhaben und erhöhen die Kosten der Energie- und Wärmewende, teilt das Unternehmen mit.

Schwerpunkt Wärmewende

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Wärmewende. Laut badenova müssten Förderprogramme und Planung besser aufeinander abgestimmt werden. Wenn der Staat Wärmenetze fördern möchte, darf er in denselben Gebieten nicht zugleich Wärmepumpen unterstützen, da dies die Wirtschaftlichkeit der Netze gefährden kann. Auch die Nutzung von Geothermie spielt in den Forderungen eine Rolle. Im Oberrheingraben ist Erdwärme besonders vielversprechend, jedoch fehlen häufig Daten zur Erkundung. Badenova fordert deshalb eine Förderung für seismische Untersuchungen oder einen besseren Zugang zu vorhandenen Datensätzen.

Auch beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft sieht das Unternehmen politischen Handlungsbedarf. Laut Badenova ist bislang ungeklärt, wie ein regionales Wasserstoff-Verteilnetz finanziert werden soll. Der Hochlauf dürfe nicht an den großen Leitungen des bundesweiten Kernnetzes enden, da auch Unternehmen in den Regionen die Möglichkeit zur Dekarbonisierung benötigten.

Bessere Rahmenbedingungen für Windenergieprojekte

Schließlich spricht sich Badenova für eine engere Abstimmung zwischen dem Ausbau erneuerbarer Energien und dem Ausbau des Stromnetzes aus. Beide Bereiche müssten parallel geplant und beschleunigt werden, damit die zusätzliche Energieerzeugung auch genutzt werden könne. Zudem fordert

das Unternehmen bessere Rahmenbedingungen für Windenergieprojekte im Südwesten. Hohe Infrastrukturkosten erschweren derzeit viele Vorhaben in Südbaden, weshalb Badenova einen neuen Mechanismus im Erneuerbare-Energien-Gesetz vorschlägt, der die Netz- und Systemdienlichkeit von Windenergieprojekten stärker berücksichtigt.

(al)

Stichwörter: Politik, Badenova, Baden-Württemberg